

Elend des Alltags

Der Historiker Robert Labhardt leistet mit einer facettenreichen, lebendig formulierten Darstellung von Krieg und Krise in Basel einen eindrücklichen Beitrag zur lokalen Geschichtsschreibung.

In der Zeit des Ersten Weltkriegs erlebte die moderne Eidgenossenschaft, krisengeschüttelt, einen Entwicklungsschub wie kaum je in ihrer Geschichte. Der Nachtwächterstaat, der viele Züge des Ancien Régime bewahrt hatte – an Stelle der Patrizier führten vielmehr die bürgerlichen Industriearbeiter und Patrons ein feudales Leben – wandelte sich unter dem Druck wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verwerfungen zu einem Staatswesen, das allen Bürgerinnen und Bürgern dienstbar war. In Robert Labhardts Publikation «Krieg und Krise. Basel 1914-1918» ist die Entwicklung von der Mobilmachung 1914 bis zum Landesstreik 1918 wie unter einem Vergrösserungsglas zu beobachten. Didaktisch klug beschränkt sich der frühere Gymnasiallehrer auf eine überschaubare Zahl von Themen, und er unterfüttert offizielle Dokumente mit privaten Aufzeichnungen. Seine Sympathie gehört unverhohlen den Unterprivilegierten, ohne dass dabei die professionelle historische Distanz auf der Strecke bleibt.

Basel war vor dem Ausbruch der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» (so der US-Diplomat George F. Kennan) eine ungestüm wachsende Stadt. 1870 hatte sie erst 47'000 Einwohner, 1914 waren es schon 144'500. Von den 1910 gezählten 63'700 Erwerbstätigen arbeitete die Hälfte in Industrie und Gewerbe. Knapp 7000 waren in der Seidenbandindustrie beschäftigt, davon über zwei Drittel Frauen. In Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie standen rund 3000, in der Chemie 2400 Arbeiter in Lohn und Brot.

Mit dem starken Wachstum der Bevölkerung ging – seit 1875 unter freisinniger Vorherrschaft – eine Modernisierung der gesamten

Im Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sind viele interessante und aufschlussreiche Publikationen erschienen. Sie befassen sich mit der Frage, wie es zum Krieg kommen konnte (am ausführlichsten und präzisesten: Christopher

Clark: Die Schlafwandler), opulente Bildbände, die versuchen, einen umfassenden Überblick über das Geschehen an und hinter den Fronten zu vermitteln (zum Beispiel: Cabanes, B./Duménil, A.: Der Erste Weltkrieg. Eine Europäische Katastrophe) oder das Geschehen in der Schweiz beleuchten (so die Begleitpublikation zur Ausstellung «14/18» von Roman Rossfeld, Thomas Buomberger und Patrick Kury). Wer sich für die Auswirkungen des Krieges auf den Alltag der Bevölkerung interessiert, greift mit Vorteil auf eine lokale Geschichte. Hier ist die Katastrophe gleichsam unter dem Vergrösserungsglas zu sehen und zu beobachten, wie sich Politik und Gesellschaft unter dem Druck der Ereignisse verändert. Robert Labhardt gelingt dies mit seiner Darstellung «Krieg und Krise. Basel 1914–1918» in vorbildlicher Weise. Er beschränkt sich dabei auf gut dokumentierte, beispielhafte Aspekte und bezieht private Briefe, Berichte und Tagebuchnotizen mit ein.

Labhardt, Robert: Krieg und Krise. Basel 1914-1918. Basel 2014 (Christoph Merian Verlag, Reihe «Beiträge zur Basler Geschichte») 352 Seiten. CHF 38.00



Infrastruktur einher. Erneuert oder neu gebaut wurden die Kanalisation, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserleitungen und die elektrische Strassenbeleuchtung. In der Nähe der Fabriken entstanden für die Arbeiter Wohnquartiere, die von neuen Strassenbahnlinien erschlossen wurden. Parallel dazu erhielt Basel fortschrittliche soziale Einrichtungen. Grundlage dafür bildete die Verfassung von 1889, die dem Kanton auf diesem Gebiet Handlungsspielraum eröffnete. Seit 1890 gab es ein staatliches Arbeitsnachweis-Büro (Vorgänger des Arbeitsamtes); 1897 wurde die

Staatliche Vermittlung in Arbeitskonflikten (Vorgänger des Einigungsamtes) eingeführt, einige Jahre später Gesetze zum Schutz von Arbeiterinnen und Lehrlingen. 1909 wurde eine Arbeitslosenkasse etabliert, 1911 das staatliche Einigungsamt eingerichtet und 1912 die erste öffentliche Krankenkasse der Schweiz gegründet.

Stolz 1908 verkündete die Handelskammer in ihrem Jahresrückblick: «Basel-Stadt ist durch die überaus volksfreundliche Ordnung seiner Steuern, seiner Schulen, seiner Armen- und Krankenpflege, seiner Wohlfahrtseinrichtungen im weitesten Sinn allen anderen Städten und Kantonen um mehrere Kopflängen voraus.»¹

Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, zeigte sich, dass die «mehreren Kopflängen» nicht ausreichten und die Grenzstadt in vieler Hinsicht ungenügend auf den Krisenfall vorbereitet war. Die Hektik nach dem 1. August beschreibt anschaulich die damals 16-jährige Bürgertochter Gertrud Preiswerk (1898-1989) in ihrem Tagebuch, das Labhardts Ausführungen in «Krieg und Krise» begleitet:

«Gleich nach der Mobilmachung kamen die Fremden aus der ganzen Schweiz über Basel. . Alles stockte, auch der Verkehr. Der badische Bahnhof wurde abgesperrt. Man spedierte die Fremden in Leiterwagen, Droschgen, auf Karren über die Grenze auf die Leopoldshöhe, es kostete per Person 10 Frs.² Zu gleicher Zeit



Grenzsperr vor St. Ludwig: Fremde über die Grenze

wurden die Italiener aus Frankreich ausgewiesen. Sie kamen über Basel. Sie waren zerlumpt u. zerrissen. Man schenkte ihnen hier Schuhe, Kleider und gab ihnen zu essen. Dann spedierte man sie nach Italien.»

Neben Geschäftemacherei und Mildtätigkeit beobachtete die junge Frau, die später am Bahnhof half, durchreisende Evakuierte zu versorgen, die Hamsterei der Wohlhabenden: «In allen Familien kaufte man riesig viel Vorrat von Esswaren ein. Da wurde so übertrieben, dass man per Person nur ein gewisses Quantum geben durfte (in den Läden). Vor den Spezereihandlungen stand es voll gedrängt von Menschen bis auf die Strasse. (Jeder bekam eine Nummer, dass alles in Ordnung ging.) Die Polizei musste einschreiten, es durften nur ein paar zusammen in den Laden.»

Die Versorgung der Bevölkerung war neben der Installierung der mobilisierten Truppen das Hauptanliegen der Regierung, die sich mit unvorhergesehenen Problemen konfrontiert sah. Das Publikum zahlte in den Läden mit Noten und forderte das Herausgeld in Silbermünzen. Besonders betroffen war der Allgemeine Consumverein (ACV). Er führte eine Art interne Rationierung ein: «Unsere Warenlager halten wir zur Verfügung der Allgemeinheit», hiess es in einer Mitteilung an Zwischenhändler, «und können sie deshalb in Anbetracht des Ernstes der Situation nicht in Privathände übergehen lassen.»

Nach der Mobilisierung der russischen Truppen am 30. Juli 1914 sah sich auch der Regierungsrat zu einem Appell genötigt. «Es ist unpatriotisch und verwerflich, in solchen ersten Tagen unbekümmert um die Allgemeinheit nur für die eigenen Interessen zu sorgen und dadurch das Ganze zu gefährden. – Es schadet der Allgemeinheit, wenn man Gold und Silber zurückhält und dem Verkehr entzieht. ...»

Der Appell an den Gemeinsinn der Wohlhabenden verpuffte. Während sich die Sparer

¹ Zit. nach Teuteberg, René: Basler Geschichte. Basel 1986 (Christoph Merian Verlag), S. 361

² Zum Vergleich: Ein Taglohn unter fünf Franken war damals nicht ungewöhnlich.

vor den Schaltern drängten und dabei nicht selten handgreiflich wurden, um an ihre Guthaben zu kommen, floss den Banken aus Frankreich und Deutschland neues Geld zu.

Nach rund zehn Tagen war der Spuk vorbei. Wer Geld hatte, war nun versorgt. Diejenigen, die sich keine Vorräte leisten konnten, mussten sich «an einen einfacheren Küchenzettel gewöhnen», wie es in einem Protokoll der ACV-Verwaltung heisst. «Es gab bei Kriegsausbruch keine gesellschaftliche Solidarität», resümiert Robert Labhardt die Einkaufspanik, «vielmehr signalisierte der Egoismus der Besitzenden in den kommenden Jahren bevorstehenden Verteilungskämpfe um die Ressourcen des täglichen Lebens: Nahrung, Energie, Bedarfsgüter.»

Zunächst sorgte aber angebliche erste Schüsse im (deutschen) Elsass für Aufregung. Tatsächlich gab es die ersten Toten nicht bei Basel, sondern am 2. August gleich ennet der Grenze des Pruntruter Zipfels. Einige Tage später begann die Rückeroberung des Elsass; der Kanonendonner, den man in Basel hörte, kam von einem mehrstündigen Gefecht bei Altkirch.

Es blieb nicht bei der einen Schlacht, zumal sich die französischen Truppen nach verlustreichen Kämpfen aus dem Oberelsass zurück zogen und sich in den Vogesen eingruben, wo sie sich bis 1916 vor allem um den Hartmannsweilerkopf immer wieder ebenso verlustreiche wie erfolglose Schlachten mit den Deutschen lieferten.

Die Metzeleien auf dem Hartmannsweilerkopf beeindruckte das Basler Bürgertum nachhaltig³. Vom Margarethenhügel aus war nachts das Licht von deutschen Suchscheinwerfern über dem Isteiner Klotz und auch tagsüber der Kanonendonner aus den Vogesen zu hören. «Das Schiessen war so stark, dass man es am Boden spürte und die Fenster wackelten», notierte Gertrud Preiswerk in ihrem Tagebuch.



Hartmannsweilerkopf 1919: Exkursion in den Alptraum

Den Krieg beobachteten die Basler nicht nur von ihren Hügeln aus, er begleitete sie auch im Alltag. Aus Tradition pflegten sie rege Kontakte zum Umland. Bis zum Kriegsausbruch hatte die vollständige Personenfreizügigkeit ein enges Netz von geschäftlichen und persönlichen Beziehungen entstehen lassen. Gertrud Preiswerks Vater, zum Beispiel, unterhielt im sundgauischen Volkenberg (Folgensbourg) ein Jagdhaus; und in vornehmen Familien kamen viele Angestellte aus dem Badischen.

Aus der engen Verbundenheit mit den Nachbarn zieht Robert Labhardt den Schluss, «dass sich die Sympathien für die deutsche oder französische Kriegsmacht durch alle Schichten hindurch aufteilten; aber angesichts der grässlichen Nachrichten von beiden Seiten hielt sich der Dissens in sorgfälti-

³ Der Grafiker und Maler Niklaus Stöcklin malte den Schreckensort 1919 als [ruinierte Seelenlandschaft](#). Im gleichen Jahr fotografierte Emil R. Seiler-LaRoche auf dem Schlachtfeld eine Basler Herrenpartie: Alfred Von der Mühl, J. Zellweger-Müller, Dr. Peter Ryhiner und J. Oeri-Simonius (von links).



Armenspeisung in der Dreirosen-Turnhalle: «Familien sinken in trostlose Verarmung und Verwahrlosung hinab.»

ger Distanz zu jenem politisch-kulturellen Graben, welcher ... Deutsch- und Welschschweizer gegeneinander aufbrachte.»

Auch wenn Basel von Kampfhandlungen verschont blieb und sich die Ernährungslage nach den Hamster-Exzessen der ersten Wochen einigermaßen entspannte, so brachte der Krieg doch viele Familien, die bisher materiell gut zurecht gekommen waren, in Existenznot. Arbeiter und Angestellte, die zum Grenzschutz aufgeboten wurden, verloren ihre Stelle, Gewerbetreibende zuerst ihre Lieferanten, dann ihre Kundschaft. Besonders prekär war die Lage der Ausländerfamilien, deren Ernährer zum Kriegsdienst eingezogen wurden, weil sie eigentlich kein Recht auf Unterstützung hatten.

Eine «Staatliche Hilfskommission», vom Regierungsrat eine Woche nach Kriegsausbruch installiert, bemühte sich, das schlimmste Elend zu lindern. Schon ganz zu Beginn ihrer Tätigkeit legte ihr Präsident, Pfarrer Gustav Benz (1866 – 1937), fest, dass die Unterstützten nicht mit dem Makel der Armengekössigkeit gebrandmarkt werden dürften und dass niedergelassene Ausländer gleich zu behandeln seien wie Schweizer. Statt Nationalismus «in engherziger Angst und spießbürgerlicher

Begrenztheit» sollte die Schweiz eine völker-versöhnende und -verbindende Haltung entwickeln, mahnte Benz. Das Land sei auf die Loyalität der Nachbarländern angewiesen, die bisher die Grenzen so weit wie möglich offen gehalten hätten. «Sollten wir nun dafür mit der Ausweisung bedürftiger Ausländer quittieren? Wer solches rät, verrät neben einer bedauerlichen Herzlosigkeit auch eine verwunderliche Gedankenlosigkeit.»

In der ersten Zeit erhielten die zahlreichen Unterstützung Suchenden nach scharfer Prüfung ihrer Berechtigung Hilfe in Form von Milchmarken und Lebensmittel-Gutscheinen, die in den ACV-Filialen einzulösen waren; später kamen Mietzuschüsse und kleine Bargeldzahlungen hinzu.

Dass die ersten anderthalb Kriegsjahre «vergleichsweise ruhig» (Labhardt) verliefen, war vor allem der Tatsache geschuldet, dass durch die Kriegsverpflichtung viele Ausländer ihre Stellen aufgeben mussten und Schweizer Arbeitskräfte nachrücken konnten. Ab 1916 änderte sich durch die stark zunehmende Teuerung das Bild grundlegend. «Die Fälle mehren sich», schrieb Gustav Benz im Juli in einem Brief an das für das Armenwesen zuständige Departement des Innern, «wo wir sogar Pe-

tenten, deren schlechtes Aussehen Not und Entbehrung nur zu deutlich bekundet, aufordern müssen, lieber kleinere Beträge an die Miete zu leisten und dafür etwas mehr für Lebensmittel zu verwenden.» Grund für die wachsende Misere waren die Hungerlöhne, die mit der Teuerung nicht Schritt hielten. Tagessätze von weniger als fünf Franken waren nicht ungewöhnlich – bei einer kumulierten Teuerung von 30 Prozent seit Kriegsbeginn.

Die Kommission hatte sich deshalb schon im Frühling mit Nachdruck an die Arbeitgeber gewandt und versucht, die Patrons für die Not ihrer Beschäftigten zu sensibilisieren: «Familien, deren Stolz und Freude es war, sich durch ehrliche Anspannung aller Kräfte und haushälterische Sparsamkeit auf dem Niveau einer soliden und selbständigen Existenz halten zu können, sinken in trostlose Verarmung und Verwahrlosung hinab.»

Mit ihrem Schreiben, das unbeantwortet blieb, betonte die Hilfskommission auch ihre Überzeugung, dass es Sache der Arbeitgeber und nicht der Allgemeinheit sei, für gerechte Einkommen zu sorgen. Nachdem klar war, dass die Patrons nur zögerlich oder gar nicht bereit waren, Teuerungszulagen auszurichten, forderte die Sozialdemokratische Partei in einer Petition die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Gleichzeitig verlangte die SP-Fraktion im Grossen Rat, den Kreis der Unterstützungsberechtigten zu erweitern.

Fraktionspräsident Fritz Hauser (1884 – 1941), der spätere Regierungsrat, kannte «die bleichen und hohlwangigen Gesichter unserer Jungen und Mädchen» aus seinem Kleinbas-



Kartoffelmiete 1918: Überschüsse beschlagnahmt

ler Lehrertag. In einem Vortrag vor seinem Quartierverein zollte er den Bemühungen der Hilfskommission Respekt. Aber «wenn die Arbeitgeber nicht einlenken, wie es ihre Pflicht wäre, zu helfen, so muss der Staat mit seinen Mitteln herhalten», heisst es in einem Bericht über das Referat im SP-Parteiblatt «Vorwärts».

Unterstützung erhielt Hausers Vorstoss von der einstimmigen Hilfskommission und schliesslich, vor dem Wintereinbruch, auch von der bürgerlich dominierten Regierung. Der Beschluss stellte insofern einen Meilenstein dar, als er den Handlungsspielraum des Staates erweiterte und die Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen bewahrte.

Das war umso dringender, als sich Mitte 1916 eine Krise der Versorgung mit Kartoffeln abzeichnete. Mit dem Hauptnahrungsmittel der minder bemittelten Bevölkerung war schon seit Kriegsbeginn immer wieder spekuliert worden. Doch nun zeichnete sich wegen einer absehbaren Missernte im Inland und stockender Lieferungen aus Deutschland und Holland eine nachhaltige Notlage ab. Der Bund richtete eine «Zentralstelle für Kartoffelversorgung» ein, und in Basel bereitete sich eine 1915 installierte «Kommission für Lebensmittelfürsorge» auf die schwierige Verteilung vor.

Schnell zeigte sich, dass der Stadtkanton, der über wenig landwirtschaftliche Flächen verfügte, besonders stark der Preisspekulation ausgesetzt war. Die 100 Eisenbahnwaggons mit je 10 Tonnen Kartoffeln, die der Bund der Lebensmittelfürsorge zur Verfügung stellte, reichten nicht einmal zur Versorgung gemeinnütziger Institutionen und Anstalten. Auch die 200 Waggons, die dem ACV vom VSK (Verband Schweizerischer Konsumvereine) zugesprochen wurden, waren nicht genug, um über den Winter zu kommen.

In Bern empfahl der freisinnige Bundesrat Edmund Schulthess dem nachfragenden Basler SP-Regierungsrat Eugen Wullschleger, in der Not auf Mais, Hafer und andere Getreideprodukte auszuweichen. Aber in der Öffentlichkeit war klar, dass der Mangel nicht der schlechten Ernte, sondern der Horterei zahl-

reicher Bauern zuzuschreiben war, die auf höhere Preise spekulierten. Auch Schulthess' Basler Parteifreund, Regierungsrat Fritz Aemmer, war dieser Meinung. In einem Vortrag empörte er sich darüber, dass an «die Stelle der ausländischen Wucherer und Schieber ... in letzter Zeit ... eine andere Gruppe von Lebensmittelspekulanten getreten» sei, «die einheimischen Produzenten von Landesprodukten, die für ihre Waren Preise verlangen, die an Wucher grenzen...»

1917 kam es noch schlimmer. Die reiche inländische Kartoffelernte bot die Aussicht sinkender Preise. Auch die Eidgenössische Kartoffelzentrale war dieser Ansicht und liess den Dingen ihren Lauf, zumal auch in Städten die Anbauflächen in Familiengärten und öffentlichen Anlagen Zuwachs erhalten hatten. (In Basel wurde 1917 unter anderem die Schützenmatte und andere Freiflächen unter den Pflug genommen.) Im Oktober kamen unerwartet noch 3000 Waggons Erdäpfel aus Deutschland hinzu.

Wer glaubte, das sei genug bis zur nächsten Ernte, rechnete nicht mit der Schlauheit der Landwirte, die einen Teil ihrer Vorräte kurzerhand an ihr Vieh verfütterten, um die Preise steigen zu lassen. Schon im November gab es auf dem Basler Markt keine Kartoffeln mehr zu kaufen.

Erst im Dezember griff der Bundesrat ein, als sich zeigte, dass weder ernste Appelle an die Bauern noch Preiserhöhungen bis 18 Franken pro Doppelzentner nichts fruchteten. Mit Stichtag 17. Januar 1918 wurden landesweit von Haus zu Haus die Vorräte registriert und alle Überschüsse beschlagnahmt; gleichzeitig wurden die Kantone angewiesen, die Anbaufläche um 12 000 Hektaren zu erweitern; 20 Hektaren mussten die Basler zusätzlich zu Ackerland machen.

Die Inventur ergab eine Fehlquote von 943'000 Doppelzentnern. Was war geschehen? «Verfütterung, Kartoffelmehl, Verheimlichung der wirklichen Bestände – da haben wir die Dreieinigkeit der Ursachen, der sich völliges Versagen der Behörden als vierte anschliesst», empörte sich der Basler «Vorwärts».



Demo auf dem Marktplatz 1917: Gegen Teuerung

Um die Versorgung nicht noch einmal aus dem Ruder laufen zu lassen, legte die Regierung die Preise für den Rest der alten Ernte fest und verfügte für die neue ab 1. August 1918 die Rationierung. Das war für Viele kein Trost. Die Armen hatten keine Vorräte. «Teile Ihnen mit, dass wir nichts mehr zu essen haben.», zitiert Robert Labhardt den Bittbrief einer Witwe an das Basler Kriegsfürsorgeamt. «Wir sind eine grosse Familie von 7 Personen wovon leider 2 ohne Arbeit und ohne Verdienst! – Es ist ganz unmöglich zu leben, da wir schon lange keine Kartoffeln mehr haben und nicht wissen was kochen.»

Wie die Kartoffeln, die im Krieg fehlten oder unerschwinglich waren, gehörte auch die Kohle schnell zu den Mangelwaren. Labhardt beschreibt ausführlich, unter anderem anhand von Aufzeichnungen seines Grossvaters, des Kohlenhändlers Paul Joerin (1886 – 1980), die Bemühungen der Brennstoffbranche und der Behörden, die Versorgung sicherzustellen.

Wie bei den Lebensmitteln reagierte die Landesregierung erst spät auf Versorgungsmangel und Spekulation. Anders als bei Kartoffeln und Getreide ging es dabei nicht in erster Li-



MG auf dem Aeschengraben: Kurze Explosion

nie darum, den privaten Bedarf sicherzustellen, sondern insbesondere um die Versorgung von Industrie und Gewerbe. Der Kampf um den Brennstoff wurde gnadenlos geführt, was die Preise in die Höhe trieb. Erst im September 1917 legten die Bundesbehörden Höchstpreise fest und ermächtigten die Kantone zur Beschlagnahme von gehorteten Vorräten.

Die Verwaltung des Mangels und die Beschaffung von Nachschub wurde der Kohlezentrale in Basel übertragen, die sich dabei zu einem Handelsunternehmen entwickelte, an dem die Abnehmer zwangsweise beteiligt wurden.

Die durch die Umstände erzwungene Einführung von Rationierungen und andere Markteingriffe markierten, wie Robert Labhardt eindrücklich demonstriert, eine aktive Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Behörden, die vordem undenkbar gewesen wäre. Die Wirtschaft war gezwungen mit der Regierung auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. «Das war», bemerkt Labhardt, «eine durchaus widersprüchliche Entwicklung. Einerseits zeigte sich in den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit unverhüllt eine Klassengesellschaft, in der eine verständnislose bürgerliche Elite und eine sich radikalisierte Arbeiterschaft aufeinander stiessen. ... Andererseits aber war der Erste Weltkrieg auch Katalysator und Lernfeld in der Auseinandersetzung der sozialen Klassen.»

Labhardt demonstriert seine These eindrücklich am Gegensatz zwischen den beharrlich an ihrem Herr-im-Haus-Standpunkt festhaltenden Seidenband-Herren und der flexibel auf den Druck der Arbeitnehmer reagierenden Chemie-Industriellen. Zwar war es nicht allein die Sturheit der Patrons, die das Ende des einst so erfolgreichen Textilgewerbes einläuteten, und es war auch nicht allein die Anpassungsfähigkeit, die den Erfolg der Chemischen befeuerte, aber die gegensätzlichen Attitüden beschleunigten ohne Zweifel den Abstieg des einen und den Aufstieg des andern Wirtschaftszweigs.

Dass weder die Einen noch die Anderen den Landesstreik verhinderten, steht auf einem andern Blatt. Zu viel sozialer Zündstoff war in den Vorkriegs- und Kriegsjahren unter den Teppich gekehrt worden, als dass die – kurze und vergleichsweise harmlose, aber umso nachhaltiger wirkende – Explosion zu verhindern gewesen wäre.

Auf dem Papier ging das vereinigte Bürgertum als Sieger vom Platz, während die Proleten als Bittsteller weiter das Elend des Alltags beklagten. In Basel rechnete der «Nationale Block» mit der angeblich zu weichen Obrigkeit ab, worauf zwei Regierungsräte – der parteilose Fritz Mangold und der Freisinnige Armin Stöcklin – das Handtuch warfen. Der Schreck sass den Konservativen aber so tief in den Knochen, dass ihre hellen Köpfe schnell begriffen, wie wichtig es für die Zukunft war, einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu finden.

© Jürg Bürgi 2014 (Text und Illustration Seite 3 oben). Die übrigen Bilder haben wir der besprochenen Publikation entnommen. Abdruck und alle anderen Publikationsformen honorarpflichtig.
<http://www.juerg-buergi.ch>
 Wenn Sie unsere Arbeit fördern wollen, freuen wir uns über jeden Beitrag:
 PC-Konto 40-32963-0; Jürg Bürgi, Basel
 IBAN CH75 0900 0000 4003 2963